

Resolution der hessischen Studierenden für Solidarität und +10% für die Bildung

Wir, die Studierenden Hessens, lehnen jegliche Kürzung im Schul- und Hochschulbereich ab. Stattdessen ist ein 10%iges + für den gesamten Bildungsbereich unser erklärtes Ziel. Wir rufen den Landtag, die Landesregierung und die entsprechenden Ministerien auf, dies bedingungslos und sofort umzusetzen.

Ebenso lehnen wir die künstlich erzeugte Konkurrenzsituation unter den Hochschulen ab und verlangen die Rückführung des „Erfolgsbudgets“ in die Grundfinanzierung.

Um Planungssicherheit für die Hochschulen einerseits und gerechte Löhne für die Angestellten andererseits zu garantieren, muss jegliche Tariferhöhung in voller Höhe vom Land übernommen werden.

Eine bedarfsdeckende öffentliche Finanzierung ist eine Grundvoraussetzung für gute Bildung und ein Schlüssel zur Verbesserung des Bildungssystems. Entlassungen, Outsourcing, Drittmitteleinwerbung und Überbuchung der Hochschulen lehnen wir als Maßnahmen zur Reduzierung öffentlicher Bildungsausgaben explizit ab. Die Argumentation der „leeren Kassen“ und „der Krise“ erkennen wir nicht an, da hierbei nur von verfehlter Steuer- und Wirtschaftspolitik abgelenkt werden soll.

Wir wehren uns dagegen, sowohl als Hochschulen bzw. Studierendenschaften untereinander, wie auch als öffentlich finanzierte Bildungsbereich gegen andere öffentlich finanzierte Bereiche ausgespielt zu werden. Deshalb stellen wir klar und erklären:

Wir solidarisieren uns als Studierende Hessens untereinander für einen gemeinsamen Kampf gegen die Kürzungs- und Hochschulpolitik der Landesregierung.

Wir solidarisieren uns mit den Mitarbeiter_innen, Angestellten und Lehrenden der Hochschulen und ihrem Protest für gute Lern-, Lehr- und Arbeitsbedingungen, denn ihre Arbeitsbedingungen sind auch unsere Lernbedingungen und umgekehrt.

Wir solidarisieren uns mit Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern und ihrem Protest gegen die Kürzungen im Schulbereich und G8, denn Bildung ist ein Menschenrecht und kein Privileg, keine Ware und kein Dispokonto.

Wir solidarisieren uns mit bildungspolitischen Bewegungen bundes-, europä- und weltweit und ihrem Kampf um gute Lern- und Arbeitsbedingungen und für freie und emanzipatorische Bildung und verstehen uns selbst als Teil dieser.

Wir solidarisieren uns mit allen, die von öffentlichen Einsparmaßnahmen betroffenen sind und werden unseren Protest gemeinsam mit ihnen durchführen.

Wir fordern die Präsidien aller Hochschulen auf, solidarisch und gemeinsam im Sinne der Studierenden und Angestellten zu (ver-) handeln. Sollte kein, nach den oben genannten Kriterien, zufriedenstellendes Übereinkommen mit dem Land zustande kommen, fordern wir sie zur Nichtunterzeichnung auf.

Sollten dennoch ein oder mehrere Präsidien einem solchen Hochschulpakt zustimmen, sind wir gewillt Maßnahmen zu ergreifen, die zur kompletten Lahmlegung der jeweiligen Hochschule(n) führen werden.

Resolution der Studierenden der Philipps-Universität Marburg

Die Studierenden der Philipps-Universität Marburg fordern die Landesregierung auf, die Universität Marburg wie auch alle anderen Hochschulen des Landes bedarfsdeckend auszufinanzieren. Hierzu zählen speziell für die Universität Marburg:

- Mittel zum Ausgleich des strukturellen Haushaltsloch von 3 Millionen € jährlich sowie des bisherigen Defizits von ca. 6 Millionen €.
- Ausreichende Mittel um die Überauslastung der Universität von ca. 150% auf maximal 100% reduzieren zu können.
- Ausreichende Mittel zur Beseitigung der baulichen Mängel an den Gebäuden, um eine energieeffiziente und ökologisch nachhaltige Universität zu ermöglichen.
- Rückführung des Erfolgsbudgets in die Grundsicherung um gute Bildung, Lehre und Forschung an allen Hochschulen zu garantieren.
- Einen Tarifvertrag für die studentischen Hilfskräfte und die Übernahme der Kosten durch das Land.

Wir begrüßen den Entschluss von Senat, Dekan_innen und Präsidium, sich politisch gegen die Kürzungspläne zu wehren. Wir erwarten, dass dabei die Interessen aller Statusgruppen gleichwertig vertreten werden.

Wir fordern Frau Krause auf, den Hochschulpakt nicht zu unterzeichnen, solange dieser nicht den Anforderungen und Bedürfnissen aller Hochschulen und aller Statusgruppen entspricht.

How to VV!

Auf diesen zwei Seiten haben wir das wichtigste Handwerkszeug für eine aktive Teilnahme an der Vollversammlung zusammengestellt. Dies sind Auzüge aus der Satzung und der Geschäftsordnung der Studierendenschaft.

How to... Diskussion?

Die Geschäftsordnung (kurz: GO) der Vollversammlung sieht folgende Anträge vor, um eine konstruktive Diskussionskultur zu unterstützen.

- Antrag auf Nicht-Befassung (der betroffene Punkt wird nicht weiter diskutiert und auch nicht abgestimmt)
- Schluss der Debatte (die Diskussion wird beendet, der betroffene Punkt wird sofort abgestimmt)
- Schluss der Redeliste (die Redeliste wird vervollständigt und dann geschlossen)
- sachliche Richtigstellung (nur in Bezug auf die/den VorrednerIn)

Ein Antrag zur Geschäftsordnung könnt ihr durch deutliches Heben beider Hände angezeigt. Der Antrag wird vom Präsidium sofort behandelt. Gibt es keinen Einspruch gilt der GO-Antrag als angenommen. Ansonsten wird per Abstimmung entschieden.

Wir werden quotierte Redelisten führen, d.h. Frauen und Männer werden abwechseln auf den Redelisten aufgenommen.

How to... Antrag stellen?

Was?

Alle anwesenden Studierenden haben die Möglichkeit einen Antrag zu stellen über den die Vollversammlung entscheiden soll.

- Inhaltliche Anträge (Resolutionen)
- Anträge die dem Studierendenparlament zur Beschußfassung vorgelegt werden sollen
- Anträge die Forderungen an den Asta, die FSK, das Uni-Präsidium u.a. richten

Wie?

Anträge sollen klar formuliert sein, damit sie als Anträge erkenntlich sind. Abstimmungen finden durch Hochhalten der Stimmkarte statt.

1. Hauptantrag wird vorgestellt

2. Möglichkeit Änderungs- oder Streichungenanträge zu stellen

- a) Änderung/Streichung wird vom der/m AntragstellerIn übernommen
- b) Änderung/Streichung wird nicht übernommen
→ Änderung/Streichung müssen schriftlich beim Präsidium eingereicht werden
→ Am Ende der Debatte: Abstimmung über alle Änderungen/Streichungen

3. Abstimmung über geänderten Hauptantrag

Prinzipiell können auch Gegenanträge, d.h. Anträge die zum Hauptantrag im Gegensatz stehen, gestellt werden. Über Haupt- und Gegenanträge wird zusammen abgestimmt.